

t.010.1-RR/sca

3003 Bern, den 13. März 1975

(dir. durch H+H)

Notiz an Herrn Bundespräsident GraberVorschläge für eine neue schweizerische
Entwicklungspolitik

Wie Sie wissen, haben einige private schweizerische Organisationen, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit befassen, bei einer (von Prof. R. Preiswerk, Genf, präsierten) Kommission die Ausarbeitung einer Neu-Konzeption der schweizerischen Entwicklungspolitik in Auftrag gegeben. Anlass dazu war der Beschluss der eidgenössischen Räte vom März 1974, vom Bundesrat einen Zusatzbericht betreffend das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zu verlangen. Der Bericht der Kommission ist im Februar unter dem Titel "Entwicklungsland Welt - Entwicklungsland Schweiz, Vorschläge für eine neue schweizerische Entwicklungspolitik" erschienen; er fand ein erhebliches Echo in der Presse, ist den Mitgliedern des Nationalrates und des Ständerates zugestellt worden und wurde von vielen von ihnen sehr - wenn auch meist negativ - beachtet.

Der Bericht gibt nicht die Meinung der Organisationen wieder, die ihn in Auftrag gegeben haben und bindet sie nicht.

Im Hinblick auf die Verhandlungen des Nationalrates über den Zusatzbericht mögen Sie die beiliegenden Notizen interessieren. Der Bericht der Kommission wird in 17 Thesen zusammengefasst. Einige Mitarbeiter des DfZ haben zu den wichtigsten dieser Thesen eine erste Antwort geschrieben, als Grundlage für die weitere Auseinandersetzung mit dem Bericht. Diese ersten Antworten finden Sie in der Beilage.

Generell möchten wir zu den Thesen bemerken: Die Autoren sagen im Vorwort, dass sie nicht beabsichtigten, "vor allem den schweizerischen politischen Realitäten zu entsprechen", sondern



dass sie "von der Realität der sich ständig verschlimmernden Zustände in der Dritten Welt ausgehen". Das führt zu einer bedauerlichen Unausgewogenheit, indem sehr einseitig unsere Verantwortung für die Entwicklungsländer hervorgehoben, aber weitgehend übersehen wird, dass wir auch für unser eigenes Wohlergehen verantwortlich sind. Es wird nicht eine Interessenparallelität, sondern ein Interessenkonflikt zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern postuliert. Zudem ist zu bezweifeln, dass der Bericht die Realität der Zustände in der Dritten Welt und die Interessen der Entwicklungsländer richtig sieht: die Entwicklungszusammenarbeit soll ihnen dazu helfen, ein weitgehend traditionelles und einfaches Leben in möglicher Selbstversorgung zu führen. Ihr Einbezug in die Weltwirtschaft - und damit auch unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu ihnen - werden in Frage gestellt.

Der Delegierte für
technische Zusammenarbeit

8 Beilagen

(M. Heimo)

Kopie m. Beilagen an: HH, WM, LP, WB

14. März 1975